



Stephan Preine, Bereichsleiter Markt und Integration beim Jobcenter Hildesheim.



Geschäftsführer Ulrich Nehring: „Wir sind ein bisschen der Brennpunkt der politischen Diskussion.“

FOTOS: ZIMMER

„Zunehmend Jobcenter für Migration und Integration“

Jobcenter Hildesheim zieht Bilanz: Ein Jahr Bürgergeld

VON LARISSA ZIMMER

Hildesheim/Kreis – Vor bald einem Jahr ist das Bürgergeld in Deutschland eingeführt worden. Dies hat das Jobcenter Hildesheim zum Anlass genommen, eine erste Bilanz zu ziehen und darüber zu informieren, wie es ab dem Jahreswechsel weitergeht, wenn unter anderem eine Erhöhung der Leistungen ins Haus steht.

„Aktuell überrollen uns die Ereignisse. Wir sind ein bisschen der Brennpunkt der politischen Diskussion“, sagte Jobcenter-Geschäftsführer Ulrich Nehring gestern im Rahmen eines Pressegesprächs. Denn neben der Einführung des Bürgergelds lag bald auch die Übernahme der Geflüchteten aus der Ukraine in der Zuständigkeit des Jobcenters. Hinzu komme voraussichtlich ab 2025 die neue Kindergrundsicherung. Inzwischen seien etwa 43 Prozent aller Leistungsbeziehenden Menschen mit Fluchthintergrund, gleichzeitig müsse eine weiterhin hohe Aufmerksamkeit auf das reguläre Geschäft gerichtet werden. Dennoch: „Das Jobcenter wird zunehmend Jobcenter für Migration und Integration“, so Nehring.

Um diesen großen Unterstützungsbedarf decken zu können, ist vor etwa zwei Wochen der so genannte Jobturbo gezündet worden. Demnach sollen geflüchtete Menschen, die das Asylverfahren positiv durchlaufen haben, künftig nach dem Integrationskurs intensiver und regelmäßig (mindestens alle sechs Wochen) zum Jobcenter kommen. Das Ziel ist, diese Menschen zügig in ein Arbeitsverhältnis zu bringen und die weitere Qualifikation, beispielsweise den vertiefenden Spracherwerb, „on the job“ zu fördern. „Eine Sprache lernt man am besten, indem man sie spricht“, meinte Nehring. Bis dahin sei die Teilnahme an einem Integrationskurs verpflichtend. Innerhalb von maximal drei Monaten könne hierfür dank der Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Hildesheim ein entsprechendes Angebot unterbreitet werden.

Um eine intensive Betreuung zu gewährleisten, sollen wöchentlich 20 Kunden in der Jobschmiede (Werkakademie) verstärkt auf das Berufsleben vorbereitet werden, hinzu kommen monatliche „Matchingdays“ in der Arneken-Galerie. So eine Veranstaltung

habe bereits zweimal mit 18 Arbeitgebern und 500 Kunden stattgefunden und sei von beiden Seiten sehr positiv wahrgenommen worden. Künftig sollen sie allerdings in etwas kleinerem Rahmen – mit bis zu 200 Kunden sowie zehn bis zwölf Arbeitgebern – durchgeführt werden.

Statistik

Aktuell gibt es im Zuständigkeitsbereich des Jobcenters Hildesheim (Stand: August 2023) 14 821 erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Alter von 15 bis 67 Jahren. Hinzu kommen 7 068 Arbeitslose. Zum Stichtag 30. November dieses Jahres waren 2 760 Personen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit beim Jobcenter registriert, 70 Prozent davon sind erwerbsfähige Leistungsbeziehende und zu etwa zwei Dritteln Frauen. Allein in diesem Jahr haben 487 Ukrainerinnen und Ukrainer im Landkreis erfolgreich Deutsch-Sprachkurse absolviert, 261 davon mit B1-Niveau.

Weiterhin sind seit Juni vergangenen Jahres 254 aus der Ukraine stammende Menschen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen in-

tegriert worden. Ebenfalls erfolgreich in Beschäftigung vermittelt wurden 810 Menschen aus den acht Hauptherkunftsländern (Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien).

Erhöhung

Zum 1. Januar 2024 wird das Bürgergeld vor dem Hintergrund steigender Lebenshaltungskosten und Energiepreise erhöht – alleinstehende Erwachsene erhalten dann 563 statt 502 Euro. Jugendliche (15 bis 18 Jahre) haben Anspruch auf 471 Euro (bisher 420 Euro), Kinder ab sieben Jahre auf 390 Euro (348) und Kinder bis sechs Jahre auf 357 Euro (318).

Wie Nehring erklärte, sei beim Jobcenter Hildesheim seit Einführung des Bürgergelds vor fast einem Jahr kein Anstieg der Arbeitsverweigerung zu verzeichnen, was mitunter als kritische Befürchtung angebracht worden war. Zwar gebe es eine zunehmende Zahl an Leistungsbeziehenden, dies hätte jedoch andere Gründe, nämlich die Fluchtbewegungen. „Würden wir die Geflüchteten abziehen, hätten wir sinkende Zahlen“, verdeutlichte Nehring.